

Vortrag an den Ministerrat

Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 15. Juni 2021 in Luxemburg

In Luxemburg fand am 15. Juni 2021 der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation der Gesundheitsminister:innen statt. Für die Europäische Kommission nahm Stella KYRIAKIDES teil. Den Vorsitz führte die portugiesische Gesundheitsministerin Maria TEMIDO. Österreich war durch mich vertreten.

Zentraler Tagesordnungspunkt des Rates war der **Gedankenaustausch zum Thema „COVID-19: Aktuelle Informationen zur Pandemie“**. Ich erläuterte, dass Österreich einen koordinierten EU-weiten Ansatz, einschließlich gemeinsamer Kriterien für die Ausstellung und Annahme des Digitalen COVID Zertifikates, sowohl für Mitgliedstaaten als auch für Drittstaaten unterstütze, wobei es jedoch notwendig sei, gemeinsame Kriterien auf fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen und die epidemiologische Situation umfassend zu berücksichtigen.

Der Rat erreichte eine **allgemeine Ausrichtung** über einen „Vorschlag für eine Verordnung zu einer verstärkten Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte“. Die Mandatserweiterung ist Teil des Kommissionspakets zur Europäischen Gesundheitsunion, das am 11. November 2020 vorgelegt wurde.

Die EMA soll zur Sicherstellung einer zeitgerechten Entwicklung von hochqualitativen, sicheren und effektiven Medikamenten beitragen und dabei den Fokus auf Gesundheitskrisen legen. Insbesondere sollen auch Aufgaben zur Koordinierung und wissenschaftlichen Beratung in Bezug auf Arzneimittel, die sich potenziell zur Behandlung, Vorbeugung oder Diagnose krisenträchtiger Krankheiten eignen, wahrgenommen werden,

sowie Studien und klinische Tests zur Überwachung der Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen organisiert und koordiniert werden.

Weiters wurden **Fortschrittsberichte** zum Vorschlag zur Änderung der Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und den die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und zum Vorschlag zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren zur Kenntnis genommen.

Der Rat **billigte Schlussfolgerungen** zum „Zugang zu Medikamenten und Medizinprodukten - für eine stärkere und resilientere EU“.

Unter anderem wird die Kommission in den Schlussfolgerungen aufgefordert eine vollständige Bestandsaufnahme der potenziellen und der vorhandenen globalen Produktionskapazitäten für kritische Arzneimittel, Medizinprodukte und andere medizinische Erzeugnisse der Europäischen Union zu erstellen. Im Zusammenhang mit der aktuellen Pandemie wird darauf hingewiesen, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihres Möglichen dazu beitragen können, dass sichere und wirksame Impfstoffe, diagnostische Tests und Therapien in allen Ländern dieser Welt verfügbar sind, und dass sie, sofern diese Länder sich dazu verpflichtet haben, zur globalen Initiative zur Sicherstellung eines fairen Zugangs zu den COVID-19-Instrumenten beizutragen, den Zugang zum ACT-Accelerator, einschließlich dessen Impffazilität COVAX, sicherstellen sollten.

Im Rahmen der Ratstagung fand ein **informeller Austausch** beim Mittagessen zum Thema: „Removing the barriers to cross-border telehealth services in the EU“ statt.

Unter dem Punkt **Sonstiges** informierte der Vorsitz über den Sachstand zur Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU sowie der Globalen Gesundheitsinitiative. Die Europäische Kommission informierte über die gemeinsame Aktion zum Thema antimikrobielle Resistenzen (AMR) und therapieassoziierte Infektionen (JAMRAI) sowie über die Umsetzung von Rechtsvorschriften über Medizinprodukte. Abschließend präsentierte der zukünftige slowenische Vorsitz sein **Arbeitsprogramm** für das 2. Halbjahr 2021 im Bereich Gesundheit.

Am Rande der Tagung konnte ich mehrere **bilaterale Treffen** wahrnehmen, unter anderem mit EU Kommissarin Stelle KYRIAKIDES, sowie meinen Amtskollegen Minister Janes POKLUKAR (SI), Jens SPAHN (DE) und Roberto SPERANZA (IT).

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. Juni 2021

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister